

BARTOL KOMPAKT

FRÖHE
WEIHNACHT

Die Lage in Nahost

**Wie wollen wir zukünftig
heizen?**

Bau-Turbo für Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Dezember 2023

- 03** Vorwort
Zur aktuellen Lage
- 04** Die Lage in Nahost
Israel-Reise mit dem Bundespräsidenten
- 06** Migrationspolitik
Irreguläre Migration begrenzen - Arbeitsaufnahme erleichtern
- 07** Austausch zur Entwicklungspolitik
Dr. Bärbel Kofler in Marburg
- 08** Verkehrsfreigabe Bundesstraße 252
Ortsumgehung Münchhausen ist fertig
- 09** Demokratie leben!
KiJuPa Marburg zu Besuch in Berlin
- 10** Besuch bei Fritz Winter in Stadtallendorf
Transformation der Eisengießereien
- 11** Antrittsbesuche Bürgermeister
Unterwegs in Angelburg und Amöneburg
- 12** Obdachlosigkeit & Wohnungslosigkeit überwinden
Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung
- 13** Menschen, Orte, Vereine
Casperschhof in Lohra-Damm
- 14** Wie wollen wir zukünftig heizen?
Fraktion-vor-Ort in Dautphetal Buchenau
- 15** Bau-Turbo für Deutschland
Schneller planen, schneller genehmigen, schneller Wohnraum schaffen



04 Die Lage in Nahost

Israel-Reise mit dem Bundespräsidenten

Bild: Bundesregierung / Jesco Denzel



15 Bau-Turbo für Deutschland

Schneller planen, schneller genehmigen, schneller Wohnraum schaffen



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben herausfordernde Zeiten: die Krisen der Welt machen vor unserer Tür nicht halt, seit nunmehr zwei Jahren herrscht Krieg in der Ukraine, nach dem furchtbaren Massaker der Hamas vom 7. Oktober ist im Nahen Osten ein weiterer hinzugekommen. In anderen Erdteilen toben etliche von der europäischen Öffentlichkeit vergessene Konflikte. Darfur, Sudan, Syrien. Beim Anblick des Leids der Kinder in den Bombennächten in der Ukraine oder in Gaza frage ich mich, mit welcher Sicht auf die Welt diese Kinder aufwachsen und wie es ihnen später gelingen kann, der Spirale der Gewalt zu entkommen? Gleichzeitig ist der Klimawandel längst Realität und macht immer mehr Gebiete unbewohnbar. Dürre und Hungersnöte tragen dazu bei, dass weltweit 110 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Bei uns stoßen viele Kommunen an ihre Grenzen angesichts der Vielzahl von Menschen, die zu uns kommen. Für die Bunderegierung kam mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November eine weitere Herausforderung für den Bundeshaushalt hinzu. Infolgedessen mussten wir neu beraten, wie wir

Investitionen finanzieren, die wir für die Modernisierung unseres Landes dringend brauchen. Für Chipfabriken, Bahnprojekte, neue Wohnungen – für eine funktionierende Infrastruktur. Gleichzeitig sehen wir, dass der globale Wettbewerb um die Ansiedlung von Zukunftstechnologien, die dafür entscheidend sind, wo Jobs und Wohlstand entstehen, in vollem Gange ist. Auch vor diesem Hintergrund ist es gut, dass wir als Ampel in der letzten Woche eine Einigung erzielt haben. Diese Koalition ist krisenerprobt. Über den berechtigten Unmut und die Verunsicherung um das Gebäudeenergiegesetz wird oft nicht gesehen, wie gut die Bundesregierung die Folgen des russischen Angriffskrieges bewältigt hat. Mehr als 170 Gesetze hat die Ampel gemacht, nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie heute. Mir ist bewusst, dass viele von uns angesichts der Vielzahl an Krisen erschöpft und auch veränderungsmüde sind. Unsere Gesellschaft braucht Halt und Sicherheit – gerade in Zeiten von Veränderung und Transformation. Dafür stehen wir – auch in Hessen, wo wir jetzt in einer Koalition mit der CDU Regierungsverantwortung übernehmen wollen. Keine Frage, ich habe für eine SPD

geführte Landesregierung gekämpft, aber die hessischen Wählerinnen und Wähler haben anders entschieden. Der Koalitionsvertrag, den wir in den letzten Wochen verhandelt haben, ist ein guter Kompromiss: mit Kita-Ausbau, Schul-Sozialarbeit, Förderung von Azubi-Wohnheimen und vielem mehr. Er enthält sozialdemokratische Kernanliegen. Auch für Marburg: er enthält eine Rückkaufoption und Personalmindeststandards für das UKGM sowie eine Bestandsgarantie für die Ionenstrahltherapie. Mit der letzten BARTOL KOMPAKT Ausgabe des Jahres informiere ich Sie wie gewohnt über aktuelle Entwicklungen bei uns im Landkreis und in Berlin. Zum Jahresausklang wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest, eine besinnliche Zeit und einen glücklichen Jahreswechsel. Uns allen wünsche ich eine größere Wertschätzung unserer Grundwerte, Respekt und Solidarität mit- und füreinander, Gesundheit, Kraft und Hoffnung für ein friedliches neues Jahr.

Viele Grüße

Ihr

Sören Bartol



Bild: Bundesregierung / Jesco Denzel

Die Lage in Nahost – Israelreise mit dem Bundespräsidenten

Seit den Morgenstunden des 7. Oktober halten die schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten die Welt in Atem. Nie zuvor in seiner Geschichte war Israel einer solchen Welle terroristischer Gewalt und Brutalität ausgesetzt. Am 7. Oktober drangen Hamas-Terroristen in Israel ein, ermordeten über 1200 Menschen, vergewaltigten, quälten und verletzten Hunderte, zerstörten Dörfer und hinterließen verbrannte Erde. 300 Israelis und Angehörige anderer Staaten – darunter Frauen, alte Menschen und kleine Kinder – wurden in den Gazastreifen verschleppt, mehr als 130 von ihnen befinden sich auch nach dem Geiselaustausch noch in den Händen der Hamas. Nach dem barbarischen Massaker der Hamas hat Israel das im Völkerrecht verankerte Recht in Anspruch genommen, sich und seine Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und die Sicherheit in und für Israel im Rahmen des humanitären Völkerrechts wiederherzustellen. Die Folgen des Massakers der Hamas für die Zivilbevölkerung in Gaza sind furcht-

bar: Millionen sind auf der Flucht, schon jetzt gibt es tausende Tote und Verletzte. Wir verdammen die Gewalt der Terroristen in aller Schärfe. Wir stehen fest an der Seite Israels und trauern gemeinsam um alle Opfer. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson – eine der zentralen Lehren aus den deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs. Nie wieder darf es eine Welt geben, in der Jüdinnen und Juden keinen Zufluchtsort vor Antisemitismus und systematischer Gewalt finden können. Der Deutsche Bundestag hat seine Solidarität mit Israel im Kampf gegen den Terror mit einem fraktionsübergreifenden Antrag am 12. Oktober bekundet. Neben dem Leid, das die Hamas seit dem 7. Oktober über Israel gebracht hat, hat der Angriff eine katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen zur Folge. Palästinensische Zivilisten sind nicht für die Gräueltaten der Hamas verantwortlich, sie sind es jedoch, die jetzt den Preis dafür zahlen. Auch, weil die Hamas sie im Krieg gegen Israel bewusst als Schutzschild missbraucht und ihr Leid in Kauf nimmt

– indem sie ihre Infrastruktur an zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen koppelt. Wie in jedem Konflikt muss das Leben von Zivilisten geschützt werden, auf die Wahrung der Verhältnismäßigkeit hat auch die Bundesregierung an Israel appelliert. Es braucht einen Zugang zu humanitärer Hilfe. Wasser, Medikamente und Hilfslieferungen müssen nach Gaza gelangen. Menschen müssen Schutz finden können. Deutschland setzt seine humanitäre Hilfe selbstverständlich fort, sie sichert großen Teilen der Bevölkerung im Gazastreifen die elementarsten Dinge zum Überleben – Nahrung und eine grundlegende Gesundheitsversorgung. Deutschland stellt zudem 50 Millionen Euro zusätzliche humanitäre Soforthilfe für Gaza bereit. Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat zudem eine Aufstockung um insgesamt 58 Millionen Euro für das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge UNRWA angekündigt. 160 Millionen Euro für 2023.

Vor dem Hintergrund des Leids der Zivilbevölkerung sind Forderungen nach einem sofortigen und umfassenden Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas nachvollziehbar – sie werden der realen Bedrohungslage jedoch nicht gerecht. Eine längere Waffenruhe würde bedeuten, dass sich die Hamas wieder neu bewaffnen und zu alter Stärke zurückfinden kann – Israel will das nicht zulassen. Die Hamas ist eine Terrororganisation, die seit dem Massaker am 7. Oktober mehrfach bekräftigt hat, einen solchen Anschlag jederzeit wiederholen zu wollen. Sie ist nicht an einer Verbesserung der humanitären Situation der palästinensischen Bevölkerung interessiert. Ihr Ziel ist die Vernichtung Israels. Die rechtlich bindende VN-Resolution 2712, die am 15. November vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet worden ist, spiegelt diese Nuancen wider, indem sie dringende längere humanitäre Pausen für eine ausreichende Anzahl von Tagen fordert, um so den Zugang humanitärer Hilfe zu ermöglichen. Zugleich gilt es, jetzt auch auf die langfristige Perspektive des Nahen und Mittleren Ostens schauen. Die Bundesregierung wird mit diplomatischen Mitteln weiter um Lösungen

für die zahlreichen Konflikte der Region ringen. Dazu gehört auch, sich Gedanken über die Zukunft Gazas und des Westjordanlandes nach dem Krieg zu machen. Israelis und Palästinenser müssen eines Tages Seite an Seite und ohne Terror auf der Grundlage einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung leben können. Den Menschen muss ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Würde und mit gleichen Rechten ermöglicht werden – auch wenn das heute weiter entfernt scheint denn je. Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier war im November zu einem Solidaritätsbesuch nach Israel gereist. Ich war Teil der Delegation, die ihn begleitet hat. Das Leid, das wir in Gesprächen mit Angehörigen der Geiseln erlebt und beim Besuch des von der Hamas überfallenen und brutal zerstörten Kibbuz Be’eri gesehen haben, hat uns alle tief erschüttert. Der Bundestag wird Israel mit dem Haushalt 2024 Aufbauhilfen für den Kibbuz in Höhe von 7 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Dieser Kibbuz hat eine lange Geschichte. Seine Bewohnerinnen und Bewohner haben sich immer für den Frieden und den Austausch eingesetzt. Er muss eine Zukunft haben. Mit den Zuschüssen sollen zwei öffentliche Einrichtungen wiederaufgebaut werden: ein

Kulturzentrum sowie des Gemeinschaftszentrums für ältere Menschen in Be’eri. Das Projekt soll als deutsch-israelisches Kooperationsprojekt durchgeführt werden, begleitet von Jugendaustausch, Begegnung und Wissenstransfer. Das Wiederaufbauprojekt wird von Beginn mit der Bewohnerschaft des Kibbuz Be’eri entwickelt. Bei dem Projekt kann deutsches Know-how, z.B. im seriellen, modularen und systemischen Bauen, mit israelischer Technologie verbunden und Prototypen für eine nachhaltige Bauweise entwickelt werden, die auch für andere Gebäude des Kibbuz und andere Kibbuzim genutzt werden können. Der Wiederaufbau wird unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten sowie des israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog erfolgen. Was können wir noch tun? Als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik kommt uns eine wichtige Aufgabe zu. Wir müssen uns dem herrschenden Desinformationskrieg auch in den sozialen Medien entgegenstellen und zu differenzierten Debatten beitragen. Jeder von uns kann im persönlichen Gespräch zuhören und informieren.





Migrationspolitik

Menschen, die Schutz benötigen müssen Schutz erhalten. Das ist uneingeschränkt klar. Deutschland hat sich mit dem Beitritt zur Genfer Flüchtlingskonvention seiner humanitären Verantwortung gestellt. Unser Grundgesetz wurde entsprechend um das Recht auf Asyl ergänzt. Wir können aber auch nicht außer Acht lassen, dass die große Zahl der Ankommenden für Bund, Länder und Kommunen extrem herausfordernd ist. Aus Gesprächen mit dem Landrat, den Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Flüchtlingsinitiativen im Landkreis Marburg-Biedenkopf weiß ich, wie komplex es ist, sich um die Vielzahl der ankommenden Menschen zu kümmern, sie zu versorgen, sie angemessen unterzubringen, für ausreichend Kita- und Schulplätze sowie Integrationskurse zu sorgen. Tatsächlich wird den Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen gerade viel abverlangt. Wir stoßen an Grenzen und müssen deshalb stärker als bisher irreguläre Migration begrenzen. Es gilt

alle europäischen Mitgliedsstaaten gleichermaßen in Verantwortung zu nehmen, um eine bessere Verteilung von Geflüchteten zu ermöglichen. Dazu gehört, dass wir diejenigen, die kein Recht haben in Deutschland zu bleiben konsequent zurückführen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat zusätzliche Grenzkontrollen für Tschechien und Polen angeordnet, die bereits durchgeführt werden. Dafür wurde bei der Europäischen Union eine Verlängerung der Maßnahmen beantragt. Im grenznahen Raum wird die Schleierfahndung fortgesetzt. Dabei sind Grenzkontrollen kein Allheilmittel und sie sorgen auch nicht für weniger Zugang von Geflüchteten nach Deutschland. Allerdings verbessern sie den Überblick über die Migrationslage, Schleuser können effektiver aufgedeckt werden. Die Bundesregierung hat das verbesserte Fachkräfteeinwanderungsgesetz, verbesserte Flüchtlingsfinanzierung für die Länder und Kommunen sowie beschleunigte Asylverfahren auf den Weg gebracht. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir eines

der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit geschaffen und eröffneten Menschen aus Ländern außerhalb der EU entscheidende Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten. Außerdem bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung des Visums. Damit stärken wir legale Migration. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine klare Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration. Wer keinen Schutz benötigt und lediglich in Deutschland arbeiten möchte, soll nicht den Weg des Asylverfahrens, sondern der Arbeits- und Fachkräftemigration nutzen. Dafür haben wir nun erleichterte Möglichkeiten geschaffen. Die Bundesregierung zeigt eine verbesserte faktenbasierende rote Linie in der Migrationspolitik auf. Migrationspolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe, daher sind alle Beteiligten gefragt, gemeinsame Lösungen zu suchen. Am Ende geht es um gute politische Entscheidungen für Menschen.



Austausch zur Entwicklungspolitik mit Dr. Bärbel Kofler in Marburg

Unseren Urlaub machen wir gerne in entfernten Ländern, lernen neue Kulturen und Städte kennen. Unsere Gebrauchsgegenstände werden in der ganzen Welt produziert, unsere Kleidung ist womöglich in Asien hergestellt. Was geht uns Entwicklungspolitik an? Meine Kollegin, Dr. Bärbel Kofler, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), ist berufsbedingt häufig in der ganzen Welt unterwegs. Im Oktober 2023 besuchte sie Marburg. In Marburg-Biedenkopf arbeiten verschiedene Akteure an unterschiedlichen Projekten in der ganzen Welt. Mit einigen von ihnen haben wir uns über diese Arbeit und Herausforderungen ausgetauscht: Mit Prof. Dr. Harald Renz vom Uniklinikum Gießen und Marburg haben wir über das Klinikprojekt in Tansania gesprochen. Dort bauen Marburger Medizinerinnen und Mediziner mit ihren Projektpartnern seit Juli 2022

ein Diagnostik-Kompetenzzentrum auf. Die Partnerschaft wird von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) sowie vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über drei Jahre kofinanziert. Der Bau soll Ende 2024 fertiggestellt sein und die Gesundheitsversorgung der Region maßgeblich verbessern. Anschließend haben wir in den Räumen von Terra Tech Förderprojekte e.V. mehrere Vertreterinnen und Vertreter von Hilfsorganisationen aus Marburg-Biedenkopf getroffen. Terra Tech setzt sich seit 1986 weltweit für Menschen in Not, für Menschenrechte und Bildungsprojekte ein und hilft nach Naturkatastrophen. Ich selbst begleite seit 2016 die Vorstandsarbeit von Terra Tech in Marburg. Bärbel Kofler informierte in diesem Treffen über die Arbeit des BMZ. Mit den Teilnehmenden haben wir über viele Fragen gesprochen, die in der Projektarbeit in zahlreichen Ländern der Welt ent-

stehen. Wie kann gute Beschäftigung geschaffen werden? Wie begegnen wir Armut? Wie können Stabilität und Frieden geschaffen werden? Wie kann Energieversorgung aufgebaut werden? Wie gelingt eine gute Gesundheitsversorgung? Wie können die Rechte der Frauen gestärkt werden? Darüber hinaus haben wir uns über die Herausforderungen der Zusammenarbeit mit nicht-demokratischen Ländern und über zukünftige Chancen in der Entwicklungszusammenarbeit unterhalten. Die lebhafteste und gute Debatte hat gezeigt, dass viel zu tun ist und wie viele Menschen sich - an unterschiedlichen Stellen, ob im BMZ, im Landkreis oder darüber hinaus, für eine gute Entwicklungszusammenarbeit engagieren. So können wir Herausforderungen positiv begegnen und sie gemeinsam bewältigen. Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte, Freiheit und Solidarität bewusst.



Verkehrsfreigabe Bundesstraße 252

Fast eine halbe Ewigkeit hat es gedauert, nun ist es tatsächlich vollbracht: Seit dem 20.10.2023 ist die Ortsumgehungsstraße der B252 bei Münchhausen für den Verkehr freigegeben. Aber von vorn: Seit meinem Einzug 2002 in den Bundestag habe ich mich für diese Umgehung eingesetzt. Das Bohren dicker Bretter gehört zur Politik: Hier hat sich das lange Einsetzen gelohnt. Die Umgehung bringt eine Entlastung für die Anwohnerinnen und Anwohner und eine Steigerung der Lebensqualität. Autofahrerinnen und Autofahrer werden nun nicht mehr durch Göttingen – Niederwetter – Wetter – Todenhausen – Simtshausen und Münchhausen fahren müssen, sondern werden um diese Orte herumgeleitet. In den besagten Orten wird der Verkehr um voraussichtlich

90% abnehmen – eine beeindruckende Zahl, die sich ab Tag Eins nach Ende der Baumaßnahmen bemerkbar macht. Die Wohn- und Lebensqualität wird gesteigert – die Orte werden nun erheblich ruhiger und sicherer im Straßenverkehr. Natürlich ist die Lage bei Göttingen zur Zeit nicht optimal wegen der Baustelle und der Situation im Kreisverkehr, glücklicherweise ist diese nur provisorisch und temporär begrenzt. Ein paar trockene, aber beeindruckende Zahlen: Es wurden insgesamt 17,5 km Straße neu gebaut. Für Bundesstraße wurden 64,3 Millionen Euro vom Bund in das Projekt investiert. Eine große Summe, für ein seit dem Spatenstich zehn Jahre dauerndes Bauprojekt. Insgesamt hat der Bund ein Drittel des 189 Millionen Euro teuren Projekts finanziert. 35 Brücken mussten gebaut werden.

Da auch unzählige Regenrückhaltebecken und Erdwälle gebaut werden mussten, war es nötig allein für den dritten Bauabschnitt 75.000 Kubikmeter Erde auszuheben. Dass dieses Projekt nun fast abgeschlossen ist, ist ein großer Erfolg für unsere Region. 2025 wird auch der letzte südliche Teil befahrbar sein. Der jahrelange Einsatz für eine stetige Priorisierung im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans trägt nun Früchte. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und den Kommunalpolitikerinnen und -politikern wäre es nicht gelungen dieses Projekt über einen so langen Zeitraum umzusetzen. Das zeigt auch: Politik ist Teamarbeit und sie hat sich an dieser Stelle nach über 20 Jahren wirklich gelohnt.



Demokratie leben - KiJuPa zu Besuch in Berlin

Mein Highlight kurz vor den Herbstferien: der Besuch meiner Kolleginnen und Kollegen des Kinder- und Jugendparlaments Marburg. Vom 13. bis 16. Oktober 2023 fand die große Bildungsfahrt des KiJuPa nach Berlin statt. Unter dem Motto „Das politische Berlin“ waren die 45 aktiven Demokratinnen und Demokraten nach dem Besuch bei mir im Bundestag auch zu Gast im Kanzleramt - Bundeskanzler Olaf Scholz hatte sie im Februar bei seinem Besuch in Marburg eingeladen. Mit jungen engagierten Menschen zu diskutieren - das empfinde ich jedes Mal als Gewinn. Es motiviert und beruhigt mich, Schülerinnen und Schüler zu erleben, die sich Gedanken um unsere Gesellschaft und den Zustand der

Welt machen und sie zum Besseren verändern wollen, die ihre Positionen klar und deutlich vertreten, die Kritik an bestehenden Zuständen - und Politikerinnen und Politikern - äußern und sich einbringen, die für Demokratie kämpfen und sie engagiert gegen Hass, Ausgrenzung und Spaltung verteidigen. Dieses Engagement ist so wichtig für unsere Zukunft, unsere Werte und unsere freie Gesellschaft. Wer Demokratie will, muss sie leben! Warum sind Institutionen wie das Kinder- und Jugendparlament so wichtig? Weil es für Demokratie neben Wissen auch Erfahrung braucht. Wenn Jugendliche offen demokratiefeindliche Einstellungen haben, liegt das meistens an ihrem Umfeld, an Bedingungen, unter denen sie aufwachsen und in denen sie leben. Daran

etwas zu ändern, ist Aufgabe und Verantwortung der ganzen Gesellschaft. Um zu verhindern, dass sich immer mehr junge Menschen - wie gerade zu beobachten - für Autokraten und rechtspopulistische Parteien wie die AfD begeistern, brauchen wir neben der Schule, die Wissen über Demokratie vermittelt, Räume, in denen schon Kinder und Jugendliche Demokratie unmittelbar erleben und erfahren, was es heißt etwas mitzuentcheiden und zu gestalten. Das Kinder- und Jugendparlament Marburg ist eine solche Institution, die seit ihrer Gründung 1997 zeigt: Mitbestimmung lohnt sich immer. Unsere Demokratie kann nur funktionieren, wenn viele Bürgerinnen und Bürger sich für sie einsetzen.



Besuch bei Fritz Winter in Stadtallendorf

Mitte Oktober habe ich zusammen mit meinem künftigen Landtagsabgeordnetenkollegen Sebastian Sack die Eisengießerei Fritz Winter in Stadtallendorf besucht. Im Fokus des Austausches mit der Geschäftsführung stand die Zukunftsfähigkeit von Eisengießereien im nationalen und globalen Kontext. Zudem stellte man uns die Dekarbonierungsstrategie des Unternehmens vor. Natürlich war ein Schwerpunkt unseres Termins auch die zweifelsfrei wichtige Frage der Energieversorgung des Standortes Stadtallendorf, die elementar für die weitere Entwicklung sein wird. Außerdem besprachen wir die Chancen des Einsatzes von KI im Kontext der Gießerei. Mit Freude habe

ich zur Kenntnis genommen, dass das Unternehmen in den kommenden Jahren enorme Investitionen vornehmen wird, die dafür sorgen werden, dass die in Stadtallendorf gefertigten Produkte auch weiterhin weltmarktfähig bleiben werden. Meine Unterstützung auf diesem Weg habe ich deutlich gemacht. Ebenso erfreulich die Unterstützung der Stadt Stadtallendorf. Ich bleibe mit der Geschäftsführung im engen Austausch. Nach einer sehr interessanten Führung durch die Werkshallen rundete ein Treffen mit Mitgliedern des Betriebsrates den Termin bei Fritz Winter ab. Diese hatte ich sogleich zur Betriebsrätekonferenz meiner Fraktion nach Berlin eingeladen.





Antrittsbesuche Bürgermeister

Der Austausch mit den Mitgliedern der kommunalen Familie vor Ort ist mir sehr wichtig. So ist es mir stets ein Anliegen neu ins Amt gekommene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kurz nach ihrem Amtsantritt in ihren Rathäusern zu besuchen und mit ihnen in den Austausch zu kommen, eine gute Zusammenarbeit anzubieten und über aktuelle Herausforderungen im Allgemeinen aber auch konkret zur jeweiligen Kommune zu diskutieren. Die vor der Politik liegenden Probleme können wir nur lösen, wenn Kommunen, Länder und Bund Hand in Hand arbeiten. Ich hoffe sehr, dass dies in Zukunft - gerade was Hessen betrifft - besser funktionieren wird als in den letzten Jahren. Aufgrund der enormen Herausforderungen an unsere Kommunen werde ich Ende Februar mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf in Berlin zu einer Klausurtagung zusammen kommen, in der wir mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen

Fachgebieten Lösungsansätze für die Bewältigung der kommunalen Fragestellungen beraten werden. Da viele Rathaussessel im zurückliegenden Jahr neu besetzt wurden, freue ich mich zudem auf ein Kennenlernen in konstruktiver Atmosphäre. An dieser Stelle gilt mein Dank auch Bürgermeister Dr. Jens Ried aus Cölbe für die Koordinierung seitens der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Zwei neu gewählte Bürgermeister sind auch Andre Schlipp aus Amöneburg und Jörg Schwarz aus Angelburg. Beide habe ich im Oktober besucht. Ganz oben in der Themenliste steht bei beiden die finanzielle Ausstattung der Kommunen, um das Gemeinwesen entsprechend organisieren zu können und auch um die Attraktivität vor Ort zu erhöhen. Ebenso wichtig, die Frage wie unsere Kommunen in Zukunft heizen werden. In Amöneburg sind dazu schon ganz konkrete Vorhaben in Umsetzung, das Projekt in Rüdigheim wurde mir vor Ort sogar bereits vorgestellt. Ein großes Thema in Angelburg ist zudem die ärztliche Versorgung der Zukunft. Wie

geht es weiter mit dem gemeinsamen Gesundheitszentrum Angelburg-Steffenberg? Fragen, die für alle Menschen in der Region wichtig sind, ebenso wie die Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen. Auch im persönlichen Bereich sind die Kommunen gefordert. Wir brauchen wieder mehr Anreize um die Gemeindeverwaltungen für junge Menschen attraktiv zu machen. Der Fachkräftemangel macht nämlich auch hier nicht halt. In den nächsten Jahren werden viele verdiente Mitarbeitende ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Ich bedanke mich für die Gastfreundschaft, den guten und konstruktiven Austausch und will an dieser Stelle nochmals allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern mit auf den Weg geben, dass ich für unsere Kommunalverantwortlichen immer ansprechbar bin. Ich freue mich auf unser erneutes Zusammentreffen im neuen Jahr in Berlin.



Bild: GeWoBau Marburg

Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit überwinden

Wie finden wohnungslose und obdachlose Menschen wieder ein Zuhause? Wie können wir Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit in Deutschland überwinden? Bei der Podiumsdiskussion „Home Street Home - Wege aus der Obdachlosigkeit“ habe ich im November mit Expertinnen, Experten und Gästen aus Theorie und Praxis diskutiert und die Ideen für einen künftigen Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung gegen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit vorgestellt. Das Ziel: Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit in Deutschland sollen bis 2030 Geschichte sein. Vielversprechend ist der in Finnland erprobte Housing First Ansatz, der obdachlosen Menschen als ersten Schritt eine ohne an Bedingungen geknüpfte Wohnung bietet. Mit ihm schaffen es in Berlin 97-100 Prozent dauerhaft, dem Leben

auf der Straße den Rücken zu kehren. Es gab auch Kritik am Aktionsplan: der Zeitplan schien Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosigkeit verzögert und einige Fragen der Zuständigkeit müssen noch geklärt werden - einig sind wir uns in der Wichtigkeit des Ziels. Dazu gab es eine tolle Ausstellung der Fotografin Debora Ruppert im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, mit Porträts und persönlichen Geschichten von 18 Menschen, die lange auf der Straße gelebt haben und den Weg in eine Wohnung zurückgefunden haben. Auch die Stadt Marburg kümmert sich mit einem Wohnprojekt um Obdachlose. An der Cappeler Straße entsteht eine gut angebundene Tiny-House-Siedlung - das VinziDorf, wo obdachlose Menschen ein sicheres Zuhause finden können. Geplant sind 12-15 Kleinhäuser und ein Gemeinschaftshaus. Die Idee eines VinziDor-

fes stammt aus Wien, genauer von Pfarrer Wolfgang Pucher, nach dessen Vorbild das VinziDorf konzipiert wurde. Seine Idee, für die Unbehausten Häuser zu errichten, stieß in der Stadtgesellschaft auf hohen Zuspruch. Wichtig ist der Stadt Marburg sowie der GeWoBau Marburg, dass die Bevölkerung von Anfang an eingebunden ist, um das Projekt kennenzulernen, damit mögliche Widerstände und Unverständnis ausgeräumt werden können. Die Minihäuser, mit Toilette, Waschbecken, Bett etc. sind an den Bedürfnissen der Obdachlosen ausgerichtet und entsprechend konzipiert. Der Baubeginn ist im Jahr 2024 geplant. Es freut mich für die Menschen, die es nicht auf Dauer schaffen, von der Straße zu kommen, dass sie im VinziDorf in Marburg dann bald eine bedürfnisorientierte Unterkunft finden.



Menschen, Orte, Vereine - „Caspersch Hof“ in Lohra-

Im Rahmen der Reihe „Menschen, Orte, Vereine“, habe ich im Herbst den „Caspersch Hof“ in Lohra-Damm besucht. An diesem sehr besonderen Ort bewirtschaftet die Familie Plitt seit 1992 den Hof nach Bioland-Richtlinien und hat zudem einen vielfältigen Hofladen aufgebaut mit einem großen Sortiment aus frischem Obst und Gemüse, über Nudeln und Aufstriche, bis hin zu vielfältigem Käse und Fleischwaren. Damit wurde der Hofladen sogar vor Kurzem vom Naturkost-Magazin

„Schrot und Korn“ ausgezeichnet. Auch eine Abokiste wird angeboten, die mit dem eigenen Lieferdienst zu den Kundinnen und Kunden gefahren werden kann. Während der Führung über den Hof und durch den Hofladen habe ich einen guten Eindruck in die vielfältige und fordernde Arbeit erhalten, die die Bewirtschaftung eines solchen Hofes inklusive eigenem Laden mit sich bringt. Vom Umfang der Arbeit dieses familiengeführten Betriebs war ich beeindruckt. Die Bedeutung der regionalen Landwirtschaft für den

Ort Lohra, den Landkreis und darüber hinaus, ist groß. Wir haben auch über die enormen Herausforderungen für Landwirtinnen und Landwirte gesprochen, wie etwa die wachsenden bürokratischen Aufgaben. Hier bin ich der Meinung: Weniger ist mehr. Gerne werde ich den Hof wieder besuchen. Mehr Informationen zum Hof finden sich auf der Internetseite www.caspersch-hof.de!



Wie wollen wir zukünftig heizen?

Mit vielen Menschen war und bin ich im Gespräch, über Ihre Sorgen, was die Wärmewende für sie persönlich bedeutet. Diese Sorgen kann ich nachvollziehen. Es geht darum, wie sich die Wärmewende auf das eigene Zuhause oder die Höhe der Miete auswirken und was das für den Einzelnen konkret bedeutet. Bis 2045 wollen wir Deutschland klimaneutral machen. Dazu haben wir uns verpflichtet. Für dieses Vorhaben müssen wir auch das Bauen und Wohnen nachhaltiger gestalten. Es geht um die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien. Die Wärmewende muss planbar und sozial sein, klimafreundliches Heizen muss für alle möglich sein. Viele Monate wurde im Rahmen

des Gebäudeenergiegesetzes über die geplanten Vorhaben diskutiert und berichtet. Die teils überzogene Debatte hat viele Menschen beunruhigt. Im parlamentarischen Verfahren ist das Gesetz grundlegend überarbeitet und verbessert worden. Inzwischen haben Bundestag und Bundesrat das Gesetz beschlossen. In meiner letzten Ausgabe „Bartol kompakt“ habe ich ausführlich über die wichtigsten Änderungen informiert. In einer Fraktion-vor-Ort Veranstaltung informierte ich am 6. Dezember zusammen mit dem regionalen Energieberater Thomas Weigel im Bürgerhaus Dautphetal darüber, was das ab dem 1. Januar 2024 in Kraft tretende Gesetz für die Menschen bedeutet. Viele Interessierte waren gekommen, einige Bedenken konnte ich entkräften. Es ist mir

wichtig, dass wir vorhandene Ängste der Menschen abbauen. Das gelingt am besten im direkten Austausch und durch Informationen aus erster Hand. Die rege Teilnahme sowie die lebendige Debatte haben mir verdeutlicht, wie groß das Interesse an Vorhaben und Beschlüssen der Bundesregierung und des Bundestages ist. Eins ist völlig klar: Die Wärmewende gelingt uns nur, wenn wir sie für die Menschen planbar und sozial gestalten und sie gut erklären. An der Stelle bedanke ich mich für die positiven Rückmeldungen zur Veranstaltung und bei Energieberater Thomas Weigel für die Praxisexpertise.



Bild: Di - unsplash

Bau-Turbo für Deutschland

Deutschland braucht mehr Tempo: um den Industriestandort zu stärken und die Wirtschaft klimaneutral zu machen und damit wir Arbeitsplätze und unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern. Um unsere Straßen, Schienen und unsere digitale Infrastruktur zu modernisieren und um bezahlbaren Wohnraum zu bauen. Vieles ist zu langsam und zu bürokratisch. Wir müssen schneller werden. Dafür haben sich Bund und Länder im Oktober auf einen gemeinsamen Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen verständigt. Der Pakt wird dafür sorgen, dass für eine befristete Zeit in Orten mit hohem Bedarf Bauvorhaben beschleunigt, geplant und umgesetzt werden können. Damit wir schneller als bisher Baulücken nutzen, Dächer aufstocken, oder brachliegende Flächen in Wohnraum umwandeln können. Außerdem bauen wir Bürokratie ab: Aktenberge in Bauämtern sollen der Vergangenheit angehören. Wohnungen können somit zukünftig schneller geplant und realisiert werden. Mit dem Pakt zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung wollen Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass beim Bauen die Zeit von der Planung bis zum Richtfest verkürzt wird.

Die rechtlichen Vorgaben werden von den Ländern stark vereinfacht und vereinheitlicht. Bislang mussten Bau-

unternehmen in jedem Bundesland separate Baupläne vorlegen, weil es z.B. besondere Vorgaben für die Höhe von Geländern gab. In Zukunft kann durch einheitliche Vorgaben deutschlandweit schneller geplant und gebaut werden, übrigens auch in serieller Produktion. Darauf haben sich die Länder mit einem MPK-Beschluss verständigt.

Ausgewählte Turbomaßnahmen im Überblick:

- 1) Einmal erteilte Typgenehmigungen für serielles, modulares und systemisches Bauen sollen bundesweit Gültigkeit erhalten
- 2) Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnzwecken wird genehmigungsfrei
- 3) Durch eine befristete Sonderregelung im Baugesetzbuch können Gemeinden mit dem Bau-Turbo auf einen Bebauungsplan verzichten, was Bauämter entlastet und Genehmigungsverfahren verkürzt
- 4) Bundesweit geltende einheitliche Genehmigungsfiktion von drei Monaten: Bauanträge im vereinfachten Genehmigungsverfahren gelten als genehmigt, wenn die zuständige Behörde nicht innerhalb dieser Frist entscheidet.

5) Kfz-Stellplatzpflicht bei Umbauten und Aufstockungen von Wohnraum entfällt

6) Einführung eines neuen Gebäudetyps E (wie einfach) sorgt dafür, dass bauen schneller, einfacher und kostengünstiger wird

7) Modulares, serielles und systemisches Bauen – bundesweit geltende Typgenehmigungen

Mit dem Pakt sorgen wir dafür, dass bezahlbarer Wohnraum dort entstehen kann, wo er besonders dringend gebraucht wird. Gerade in Städten gibt es weniger Baufläche, die zudem immer teurer wird. Nun können brachliegende Flächen rasch genutzt und Baulücken geschlossen werden. Das schaffen wir, weil wir in die Höhe und auf Dächern bauen. Für eine bestimmte Zeit kann mit Einverständnis der Gemeinden auf einen Bebauungsplan verzichtet werden, wodurch die Bauämter vor Ort entlastet und das Genehmigungsverfahren beschleunigt wird. Der Bau-Turbo macht Bauen nicht nur schneller, sondern auch bezahlbarer, denn weniger Aufwand bedeutet weniger Personal, weniger Zeit und weniger Kosten. Mir ist es wichtig, auch in Hessen zu schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren zu kommen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag in Hessen positive Akzente gesetzt.

Impressum

Herausgeber: Sören Bartol

Biegenstraße 33

35037 Marburg

